

bung nicht weniger als im Fall eines Krieges oder bei der Todesstrafe. Weakland machte auch deutlich, daß viele Priester nicht mit der „pro life“-Bewegung identifiziert werden möchten: Man lehne ihre „geistige Enge“ ab, ihr praktisches Vorgehen in der Öffentlichkeit, ihre Weigerung, eine konsistente Lebensethik als Ansatz zu akzeptieren. Zur Frage der künstlichen Empfängnisregelung stellte Weakland einen „tiefen Graben“ zwischen der amtlichen kirchlichen Lehre und ihrer Nicht-Annahme durch die Frauen fest und zitierte eine Teilnehmerin mit der Bemerkung: „Wir möchten vor der Empfängnis die Wahl haben“. Die Diskussion um den Zeitpunkt der Empfängnis resümierte Weakland mit dem Satz, die Empfängnis sei ein „Prozeß“, nicht ein „bestimmter Moment“. Im übrigen sprach sich Weakland dafür aus, daß seiner Ansicht nach die gesamte Zielrichtung kirchlicher Aktivitäten auf diesem Gebiet überdacht werden müsse: „Wir Katholiken müssen uns darüber klar werden, daß gesetzliche Positionen manchmal mit unseren Lehrauffassungen nicht übereinstimmen. Wir müssen lernen, wie wir in einer pluralistischen Gesellschaft leben, ohne erwar-

ten zu können, daß jede Morallehre in der Gesetzgebung ihre Entsprechung findet...“

Zum Hintergrund der Stellungnahme von Bernardin wie auch Weakland gehört das in der US-Kirche verbreitete Bedürfnis, in Zeiten einer sich verschärfenden Auseinandersetzung um das Abtreibungsthema nicht unterschiedslos identifiziert zu werden mit allem, was in den USA unter dem Stichwort „pro life“-Bewegung firmiert. Im Stile neuerer sozialer Bewegungen ist die „pro life“-Bewegung eine verschiedenste konfessionelle und politische Lager übergreifende Ad-hoc-Koalition, die aus der Gegnerschaft zum geltenden Abtreibungsrecht entstanden ist. Damit endet aber auch schon vielfach das allen Gemeinsame. Über die politischen und sonstigen Methoden im Verfolgen der Ziele sowie über die Einordnung des Abtreibungsthemas in eine breite Sicht von Sozialpolitik und Lebensethik besteht keine Einigkeit. Im Gegenteil. Gerade die US-Kirche trifft in Kreisen der „pro life“-Bewegung in bezug auf eine Reihe sozialetischer Fragen, aber auch ihre Haltung zur US-Lateinamerikapolitik, auf erbitterteste Gegnerschaft.

K. N.

Gewinner und Verlierer

Es ist unmittelbar nach Amtsantritt (28. Juli) noch zu früh, Fujimori als unfähigen, populistischen Emporkömmling und „Quacksalber“ („Neue Zürcher Zeitung“ vom 14.6.) enttarnen zu wollen, wenngleich vieles darauf hindeutet, daß das peruanische Volk genauer wußte, wen es nicht wählen, als wen es wählen wollte. Der Verlierer Vargas Llosa hatte sich seine Kandidatur gründlich überlegt. Als er dann antrat, verstand und präsentierte er sich als Alternative zu dem glücklosen *Alán García*, auf den sich, als er 1985 sein Amt antrat, die Hoffnungen nicht nur der Peruaner, sondern Lateinamerikas richteten (vgl. HK, März 1990, 108 ff.). Nach seiner Entscheidung, die hohe *Verschuldung des Landes* nur noch mit jährlich zehn Prozent der Exporterlöse zu tilgen, war Peru auf dem Weltmarkt isoliert, für kreditunwürdig erklärt worden und trieb immer tiefer in die wirtschaftliche Katastrophe. Unter *Alán Garcías* Regierung radikalisierte sich die maoistische Guerilla „Sendero Luminoso“ weiter zur Terrororganisation, die Streitkräfte konnten ihrer Herr werden. Die Regierungspartei APRA, Mitglied der Sozialistischen Internationale, wurde unter *García* in einem Ausmaß korrupt, das selbst für lateinamerikanische Verhältnisse skandalös wirkte. Vor den Juni-Wahlen lag die Inflationsrate knapp unter 2000 Prozent, die Realeinkommen waren (im Vergleich zu 1973) um 72 Prozent gesunken. Vier von fünf erwerbsfähigen Peruanern haben derzeit keinen festen Arbeitsplatz. Nach einem ohnehin starken Produktionsrückgang im Agrarsektor hat die anhaltende Dürre bis zu 80 Prozent der erwarteten Ernte vernichtet. Die Devisenreserven Perus sind auf 35 Millionen Dollar gesunken, weniger als die Importkosten für eine Woche.

Vargas Llosa, der beim ersten Wahldurchgang im April 27,6 Prozent der Stimmen, drei Prozent mehr als Fujimori, erhielt, versprach in einem aufwendigen Wahlkampf wirtschaftliche Gesundung durch eine kurze, wenn auch schmerzhaft radikale und plädierte für einen *liberalistischen, auf*

Peru nach den Wahlen: Worauf setzte das Volk?

Die Präsidentschaftswahlen in Peru, das schlimmer als jedes andere südamerikanische Land von politischer Gewalt und wirtschaftlichem Niedergang heimgesucht wird, fanden einen das In- und Ausland gleichermaßen überraschenden Ausgang: Der wenige Monate vor dem ersten Wahlgang am 8. April noch völlig unbekannte Agonom *Alberto Kenyo Fujimori* schlug bei der Stichwahl am 10. Juli mit 56,6 Prozent der Stimmen seinen Gegenkandidaten, den weltbekanntesten Schriftsteller *Mario Vargas Llosa* (33,9 Prozent). Von großer, möglicherweise entscheidender Bedeutung für dieses Wahler-

gebnis war die Unterstützung Fujimoris durch *Mitglieder evangelikaler Sekten*, die sich als äußerst wirksame Wahlhelfer erwiesen. Daß im „katholischen Kontinent“ Lateinamerika eine Wahl von einer gesellschaftlichen Kraft mitentschieden werden könnte, die sich kirchlich, aber nicht katholisch definiert, hätte Anfang des Jahres wohl noch niemand für möglich gehalten. Es wäre jedoch zu einfach, würde man den Wahlerfolg Fujimoris den Sekten zuschreiben, wie es manche in der – offenbar recht geschockten – katholischen Kirche des Landes getan haben.

Privatwirtschaft und freien Markt setzende Wirtschaftsreform. Seinem unerwartet wie aus dem Erdboden aufgetauchten Gegner Fujimori gelang es vor den Augen der staunenden Weltöffentlichkeit, mangels eines eigenen Wahlprogramms die Schwachpunkte Vargas Llosas in eigene Stärken umzumünzen.

Vargas Llosa, selbst aus bescheidenen Verhältnissen stammend, bot Fujimori mit seinem von der Oligarchie finanzierten, pompösen Wahlkampf eine Angriffsfläche, die dieser geschickt dazu nutzte, den „weißen“ Schriftsteller als Interessenvertreter der Wohlhabenden und sich selbst als Fürsprecher der breiten Mehrheit, des „Volkes“, der Mestizen und Indianer, vorzustellen. Sie fanden in dem bescheiden auftretenden Fujimori mit dem asiatischen Aussehen und dem unbeholfenen, gelegentlich fehlerhaften Spanisch offenbar, was sie bei dem berühmten, eloquenten Vargas Llosa vermißten: Volksnähe. Zudem wußte man nichts, das heißt auch nichts Negatives über ihn – ein angesichts der langen Serie enttäuschender Erfahrungen mit peruanischen Politikern verständliches Argument, das sich jedoch als verhängnisvoll herausstellen könnte.

Wie Vargas Llosa sprach sich auch Fujimori für liberale wirtschaftliche Reformen, darunter eine Reprivatisierung verstaatlichter Unternehmen aus. Er betonte stets, er werde dafür sorgen, daß die Liberalisierung der Wirtschaft nicht zu Lasten der armen Bevölkerungsschichten gehen dürfe, ohne dies jedoch sozialpolitisch zu präzisieren.

Der katholische Episkopat hielt sich zunächst zurück

Die *katholische Kirche* hatte sich zunächst aus dem Wahlkampf herausgehalten und jeden Anschein von Parteilichkeit vermieden. Die Kirchenführung tat sich wohl gleichermaßen schwer mit einem agnostischen Schriftsteller und einem zwar getauften, aber bis dato völlig unbekanntem

Katholiken und Nichtpolitiker japanischer Abstammung. Der tiefwurzelnden Neigung des peruanischen Volkes, nach dem Scheitern des erst als „Messias“ gefeierten García einen neuen Hoffnungsträger zu wählen, konnte und wollte der Episkopat nur allgemeine Prinzipien wie Gemeinwohl und Solidarität entgegensetzen. In einem Anfang Mai vor der zweiten, der Stichwahl herausgegebenen Hirtenbrief riefen die Bischöfe die Bevölkerung erneut auf, „mit einem gewissenhaften und überlegten Votum für das Wohl des Landes und für einen dauerhaften und realistischen, die Ärmsten und Wehrlosesten nicht preisgebenden Weg aus der äußerst schweren Krise, die wir erleiden, zu stimmen“ (Vida Nueva vom 12. 5. 90).

Aus gegebenem Anlaß fügten sie hinzu, der Wahlkampf dürfe nicht zu einer „Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder zur Diskriminierung von Peruanern aus rassistischen oder religiösen Gründen“ führen. „Wir erklären, daß es nicht ehrlich ist, die Religion für parteipolitische Zwecke einzusetzen. Die katholische Kirche als Institution hat sich jeder Parteiname für die Kandidaten enthalten. Wir bedauern, daß einige religiöse Gruppierungen in einen politischen Proselytismus verfallen sind. Was den religiösen Bereich angeht, bitten wir lediglich darum, daß die Gewählten die Überzeugungen aller respektieren.“

In der zweiten Wahlkampfphase nutzten Anhänger Fujimoris aus fundamentalistischen evangelikalen Sekten ihre Kampagnen zu verschärft *antikatholischen Parolen*. Fujimori wurde von der Mehrzahl dieser Sekten unterstützt, denen nach groben Schätzungen eine Million, das sind knapp fünf Prozent der peruanischen Bevölkerung, angehören. Ihre Wahlhilfe glich ihrer Missionierungsmethode: Die Prediger und ihre Helfer gingen von Tür zu Tür und verteilten Propagandamaterial. Viele von ihnen empfahlen Fujimori als einen der Ihren, der von Gott gerufen sei, Peru zu regieren. Daß Fujimori keineswegs so arm ist, wie er im Wahlkampf behauptete, drang nicht in die ländlichen Gegen-

den Perus und in die armen Vorstädte, wo Fujimori seine Wählerschaft ganz überwiegend fand. Anfang Mai forderte der Leiter einer Methodisten-schule in Arequipa, *Guillermo Toshikawa Torres*, in einem Brief die protestantischen Kirchen und Sekten auf, Fujimoris Wahlbündnis „Cambio 90“ zu wählen, in dem sich „eine bedeutende Anzahl von Brüdern in Christo“ engagiere. Ein Sieg Fujimoris bedeute, daß die Protestanten die katholische Mehrheit „nicht mehr um Gefallen bitten“ müßten. „Die Diskriminierung wird aufhören... Unsere Kinder werden Schulen unserer Wahl besuchen und ihren Glauben nicht länger verbergen müssen... Unsere Kirchen werden auf Grund gebaut, den der Staat zur Verfügung stellen muß“ (Catholic News Service, 3. 5. 1990).

Die Sekten veranlaßten den Erzbischof zur Gegenoffensive

Als bekannt wurde, daß einige von Fujimoris Anhängern aus den Sekten die katholische Kirche als Verbündete der korrupten, reichen Oberschicht darstellten, die Marien- und Heiligenverehrung und das Papsttum angriffen, ging der Erzbischof von Lima, *Augusto Vargas Alzamora*, zur Gegenoffensive über. In einem offenen Brief wandte sich Vargas gegen die „hinterlistige Kampagne sogenannter evangelischer Gruppen, die nicht der christlichen Tradition entsprechen, gegen unseren katholischen Glauben... den größten Schatz unserer nationalen Identität“. Der Erzbischof rief die Katholiken auf, sich von der Propaganda dieser „verirrten Brüder“ nicht einschüchtern zu lassen. Die Stellungnahme fand innerkirchlich nicht ungeteilte Zustimmung und wurde von den Medien als Parteinahme für Vargas Llosa gedeutet, was Fujimori aber wohl wiederum neue Wählerstimmen aus den Unterschichten zuführte. Daß die Erzdiözese Lima am 31. Mai eine Prozession zum „Herrn der Wunder“ veranstaltete, die außerhalb des festen Datums sonst nur bei drohenden Katastrophen angesagt wird, zeigt, wie ernst der Erzbischof die Lage sah.

Mitte Juni sagte der Erzbischof gegenüber der spanischen Zeitschrift „Vida Nueva“ (23. 6.), er erwarte von der Regierung Fujimori, daß die „herausragende Stellung“ des Katholizismus in Peru respektiert werde. In diesem Interview spielte er zwar die antikatholischen Parolen als „Angriffe einiger Freischärler“ herunter, gab aber den Vorfällen eine interessante innerkirchliche Deutung: „Ich glaube, daß das ein Fingerzeig des Herrn ist, der uns aufwecken und fragen will, was mit unserem Glauben geschehen ist, der in den ersten Jahren der Aussaat des Christentums Früchte der Heiligkeit hervorbrachte und heute nur noch Früchte der Lauheit.“ Diese harsche Kritik am peruanischen Katholizismus war sicher auch mit dem Schock über einen politischen Wahlsieg zu erklären, der der katholischen Kirche schlagartig klar machte, welchen Einfluß die teilweise von den USA finanzierten und sich rasant ausbreitenden fundamentalistischen Sekten bereits haben. Das Problem wird von den lateinamerikanischen Ortskirchen bereits überall empfunden, ohne daß eine Strategie in Sicht wäre, wie man der Ausbreitung der Sekten entgegen-

wirken könnte. De facto existieren und konkurrieren in Lateinamerika bereits zwei verschiedene Evangelisierungsmodelle, die auf einer ganz unterschiedlichen Sicht des Menschen und seines Weges zu Gott gründen. Ein Teil des katholischen Klerus und der Laien-Pastoralträger wie auch der alten protestantischen Einwandererkirchen in Peru vertreten eine *ganzheitliche*, an der Befreiungstheologie orientierte Pastoral, die ein gesellschaftliches Engagement mit einschließt und auf die Solidarität kleiner Gruppen aufbaut. Dieser Richtung steht in der Hierarchie ein durch die römische Ernennungspolitik stärker werdender Flügel von Bischöfen gegenüber, der die traditionelle vertikale Seelsorge wieder in den Vordergrund rückt. Die starken Spannungen zwischen den beiden Gruppen werden mühsam öffentlich kaschiert.

Demgegenüber setzen die Sekten auf eine betont *individualistische* Seelsorge, nicht selten nach dem Motto „Gott hilft dem Erfolgreichen“. Die intensive Begleitung der Gemeinden durch zahllose Prediger und die Herz und Sinne ansprechende Gestaltung der Gottesdienste sind von der unter

chronischem Priestermangel leidenden katholischen Kirche Perus zwar als Herausforderung erkannt worden; es scheint jedoch nicht nur an Personal, sondern gegenwärtig auch am kirchlichen Zusammenwirken zu fehlen.

Schlechte Aussichten

Fujimori hat bei seiner Wahl mit Erfolg auf Bevölkerungsschichten gesetzt, die unterprivilegiert aber nicht revolutionär gesonnen sind. Dazu gehört die im informellen Sektor mühsam überlebende Unterschicht, die der Soziologe Hernando de Soto in seinem Buch „Der andere Pfad“ (in Anspielung auf die Guerilla des „Leuchtenden Pfades“) beschreibt. Ihnen versprach Fujimori im Wahlkampf Wirtschaftshilfe aus seiner japanischen Heimat. Anfang Juli kehrte er mit ziemlich leeren Händen aus Tokio zurück. Nicht wenige Peruaner hatten Fujimori tatsächlich geglaubt, daß er mit seiner „Verwandtschaft“, der Weltwirtschaftsmacht Japan, im Rücken ihr Land retten würde. Es sieht nicht danach aus. G. B.

Die Theologen und das Lehramt

Instruktion über die kirchliche Berufung von Theologen

Ende Juni wurde in Rom eine Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre „über die kirchliche Berufung der Theologen“ veröffentlicht. Die Instruktion versucht nach den Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit – ein Zusammenhang mit der sog. „Kölner Erklärung“ und den Folgeerklärungen zu ihr von Theologen in anderen Ländern wird formell nicht hergestellt, aber die Ausführungen über „Dissens“-Erscheinungen und wie sich Theologen in Dissens zu verhalten haben lassen deutlich erkennen, was Anlaß war – eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses von Theologie und Lehramt. Sie will dies für Theorie und Praxis durch eine strenge Unterordnung der Theologen unter das päpstliche und bischöfliche Lehramt erreichen, und zwar nicht nur, wo es um definierte Dogmen und endgültige Lehramtsentscheidungen geht, an denen sich jeder Gläubige zu orientieren hat, sondern in allen Fragen von Lehre und Disziplin, zu denen sich das Lehramt „authentisch“ äußert. Wir geben hier den Wortlaut der vom 26. Mai datierten Erklärung in der amtlich verbreiteten deutschen Fassung wieder.

An den Text der Erklärung schließen sich Überlegungen des Tübinger Theologen Peter Hünermann an. In ihnen wird anhand der

Theologie der Erklärung versucht, ihr Grundproblem herauszuarbeiten, die Tatsache, daß der Kirche die Glaubenswahrheit „nicht in ihrer Vollendungsgestalt, sondern im Zeugnis Jesu Christi gegeben ist und der Glaube deswegen „trotz seiner eschatologischen Unbedingtheit eine vergebende, endliche Gestalt der Wahrheit (ist)“, die in ihrer Auslegung auf andere Gestalten der Wahrheit angewiesen ist. Diesem Grundproblem, so die These Hünermanns, wird die Theologie der Erklärung nicht gerecht. Sein Fazit: Auch wenn Lehramt und Theologie, was Funktion und Verbindlichkeit betrifft, nicht auf gleicher Ebene angesiedelt sind, so bleiben sie doch gegenseitig aufeinander angewiesen. Deshalb gilt im Falle von Strittigkeiten und Spannungen nicht nur für Theologen, sondern auch für Papst und Bischöfe, „daß die Berufung auf die eigene Subjektivität nicht genügt, sondern Gründe ausschlaggebend sein müssen“.

Einführung

1. Die Wahrheit, die frei macht, ist ein Geschenk Jesu Christi (vgl. Joh 8, 32). Das Erforschen der Wahrheit wird von der Natur